



### **Am 25. April 2019 feiert das Land Baden-Württemberg seinen 67. Geburtstag.**

Heute kann man sich kaum noch vorstellen, dass dieses Land – von Theodor Heuss als "Glücksfall der Geschichte" bezeichnet – ein Resultat der nüchternen Vernunft ist.

Die Entstehung Baden-Württembergs war in vielerlei Hinsicht einmalig: Bis heute ist das "Bindestrich-Land" das einzige Beispiel, bei dem die Bevölkerung erfolgreich über die Neugliederung abstimmte. Mehr als vier Jahre lang hatten die Altbadener leidenschaftlich gegen den Zusammenschluss gekämpft. Sie fürchteten den "schwäbischen Imperialismus". Die badische Eigenständigkeit sollte ihrer Meinung nach gewahrt bleiben.

Die Neubildung des Bundeslandes wird deshalb oft mit einer politischen Tragikomödie verglichen – in den Hauptrollen der (süd-)badische Staatspräsident Leo Wohleb (CDU), der württemberg-badische Ministerpräsident Reinhold Maier (FDP/DVP) und der württemberg-hohenzollerische Regierungschef Gebhard Müller (CDU).

Auch war es kein "Bilderbuch"-Gründungstag, denn der 25. April 1952 endete im Tumult: Reinhold Maier hatte Punkt 12.30 Uhr handstreichartig die neue Landesregierung aus FDP/DVP, SPD und dem Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) gebildet, zum Entsetzen der Union.

## Übersicht

---

*Die Entstehung des Südweststaats*

---

*Einfach erklärt: Wie entstand Baden-Württemberg?*

---

*Situation nach 1945*

---

*Das Neugliederungsgesetz*

---

*Die Volksabstimmung am 9. Dezember 1951*

---

*Das neue Land Baden-Württemberg*

---

*Die erneute Volksabstimmung – ja zu Baden-Württemberg!*

---

*Zeittafel*

---

## Die Entstehung des Südweststaats

Gründung Baden-Württemberg

„ Mit dieser Erklärung (...) werden die  
Länder Baden, Württemberg-Baden  
und Württemberg-Hohenzollern  
**zu einem Bundesland vereinigt.**  
Meine Frauen und Männer: Gott  
schütze das **neue Bundesland.** “

*Reinhold Maier*  
*Ministerpräsident (FDP/DVP)*  
*am 25. April 1952*

LpB BW/Rebecca Beiter

**lpb**  
Landeszentrale  
für politische Bildung  
Baden-Württemberg

Zitat von Reinhold Maier

**„Meine sehr verehrten Abgeordneten. Gemäß § 14, Absatz 4, Satz 2 wird hiermit der Zeitpunkt der Bildung der vorläufigen Regierung auf den gegenwärtigen Augenblick, nämlich auf Freitag, den 25. April 1952 12 Uhr 30 Minuten festgestellt. Mit dieser Erklärung sinngemäß § 11 des zweiten Neugliederungsgesetzes werden die Länder Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern zu einem Bundesland vereinigt. Meine Frauen und Männer: Gott schütze das neue Bundesland. Gott schütze die deutsche Bundesrepublik....“**

Mit dieser denkwürdigen Erklärung rief Ministerpräsident Reinhold Maier (FDP/DVP) am 25. April 1952, am Rednerpult der Verfassungsgebenden Versammlung in der Stuttgarter Heusteigstraße, den Südweststaat aus.

Anhören

Tondokument: Reinhold Maier ruft am 25. April 1952 den Südweststaat aus (Quelle: Landesarchiv Baden-Württemberg, AV-Archiv)

Einfach erklärt: Wie entstand Baden-Württemberg?

Nach dem Zweiten Weltkrieg war der Südwesten **aufgeteilt in drei Teile**. Diese Teile hießen Baden, Württemberg-Hohenzollern und Württemberg-Baden. Das Land Württemberg-Baden wollte einen gemeinsamen Staat. Doch die Badener Regierung sträubte sich dagegen.

Für einen gemeinsamen Staat gab es gute Argumente:

1. Ein gemeinsamer **Wirtschaftsraum** ist stärker.
2. Die **Verwaltung** eines gemeinsamen Südweststaats ist einfacher.
3. Ein gemeinsamer Staat hätte in Deutschland mehr **Macht**.

Die Bevölkerung durfte darüber abstimmen, wie die Länder aufgeteilt werden sollten. Dazu wurden die drei Bezirke in vier Abstimmungsbezirke gegliedert. Wie konnte ein neuer gemeinsamer Südweststaat entstehen? Ganz einfach - drei der vier Bezirke mussten für einen gemeinsamen Südweststaat sein.

Und das klappte. Die meisten Menschen Nordwürttemberg, Südwürttemberg-Hohenzollern und Nordbaden wollten einen gemeinsamen Staat. Die Altbadener waren jedoch dagegen. Trotzdem ergab die Abstimmung: Es wird einen neues, gemeinsames Bundesland geben.

Ab März 1952 mussten die Parteien eine Regierung bilden. Diese konnte dann den Ministerpräsidenten stellen. Doch die Parteien fanden zuerst keine Lösung. Am 25. April 1952 bildete **Reinhold Maier** Punkt 12.30 Uhr sehr plötzlich die neue Landesregierung. Besonders daran war, dass er frühere Kollegen und Mitstreiter in die Opposition setzte. Sie waren davon enttäuscht. Trotzdem gilt dieser Tag, der 25. April, als "Geburtstag" Baden-Württembergs.

Übrigens: Erst eineinhalb Jahre später wurde das Bundesland auf den Namen Baden-Württemberg getauft.

*Diese Darstellung der Ereignisse ist stark gekürzt. Ausführliche Hintergrundinformationen zur Entstehung Baden-Württembergs finden Sie im folgenden Text.*

## Situation nach 1945

### *Der Südwesten unter amerikanischer und französischer Besatzung*

Der wirksame Anstoß zum Südweststaat ging von der alliierten Trennung aus: Das Gebiet im Südwesten war nach der bedingungslosen Kapitulation 1945 willkürlich, ohne Rücksicht auf geografische, soziale oder wirtschaftliche Verhältnisse, **dreigeteilt** worden. Die Grenze zwischen amerikanischer und französischer Besatzungszone verlief mitten durch Baden und Württemberg entlang der Autobahn Karlsruhe – Stuttgart – Ulm.

### *Die Aufteilung des Südwestens*

Die beiden traditionsreichen Länder sowie das preußische Hohenzollern hatten immerhin fast 150 Jahre Bestand gehabt. Die Amerikaner bastelten aus den von ihnen besetzten Gebieten Nordbaden und Nordwürttemberg das Gebilde **Württemberg-Baden** mit der Hauptstadt Stuttgart. Allerdings behielt der Landesbezirk Baden innerhalb dieses Gebiets eine weitgehende Verwaltungsautonomie.

Die Franzosen machten aus dem Süden Württembergs und Hohenzollern das Land **Württemberg-Hohenzollern** mit der Hauptstadt Tübingen, und aus dem südbadischen Landesteil wurde **Baden** mit der Landesmetropole Freiburg. Franzosen und Amerikaner konnten sich nicht über eine gemeinsame Besatzungspolitik verständigen: Den Amerikanern genügte es, dass sich ein wieder handlungsfähig werdendes Deutschland entwickelte, dass seine Schwerindustrie demontiert wurde und föderale Strukturen entstanden. Die Demokratisierung des öffentlichen Lebens machte in Württemberg-Baden rasche Fortschritte.

### *Der "Signalstoß" zur Vereinigung*

Neu war die Idee nicht, Baden und Württemberg zu vereinen. Bereits im 19. Jahrhundert und in der Weimarer Republik hatten einige Politiker laut darüber nachgedacht. Auch Theodor Heuss, waschechter Württemberger und erster Bundespräsident Deutschlands, hatte 1919 in einer Rede in Stuttgart bereits den Zusammenschluss von Baden und Württemberg vorgeschlagen. 1963 schrieb er zum Südweststaat: "Denn es hat mir nach dem Abschluss der so wohlthätigen Entwicklung einige Freude gemacht, dass ich als junger Kerl den ersten Signalstoß in die Trompete blies, mit den Staatsgründungen aus Napoleons Vorzimmern auf die legitimste Weise Schluss zu machen."

Der erste "Signalstoß" zur Vereinigung der Länder nach 1945 kam wieder aus Stuttgart. Dort hatte im Herbst 1946 die württemberg-badische verfassunggebende Landesversammlung einen entscheidenden Schritt in Richtung Südweststaat getan: Nach **Art. 107** sollten Verfassungsänderungen bei einer Vereinigung mit Südwürttemberg und Südbaden mit einfacher Mehrheit beschlossen



Südwestdeutschland nach dem zweiten Weltkrieg (1945-1952)  
Landesvermessungsamt Baden-Württemberg

werden können. Die Regelung stieß in Freiburg auf heftigen Protest. Der (süd-)badische Präsident Leo Wohleb behauptete, nur die Regierung in Freiburg besitze die Legitimation, im Namen des badischen Landes und Volkes zu sprechen.

Der nächste Anstoß zur Lösung des Problems kam von außen: Am 1. Juli 1948 erteilten die drei Militärgouverneure im westlichen Teil Deutschlands den elf Regierungschefs mit dem **Frankfurter Dokument Nr. 2** den Auftrag, **Vorschläge für eine Neugliederung der Länder** zu erarbeiten. Nach Fläche und Einwohnerzahl sollten dabei möglichst ausgewogene Länder entstehen. Im Südwesten gab es jedoch ein fast unlösbares Problem: Die Regierungen von Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern wollten zusammen mit Baden ein Gesamtland bilden. Das aber lehnte Baden kategorisch ab.



Reinhold Maier

### *Treffen auf dem Hohenneuffen*

In dieser Situation lud Ministerpräsident Reinhold Maier am 2. August 1948 die Regierungschefs, Landtagspräsidenten und die Fraktionsvorsitzenden der drei Länder zu einer ersten klärenden Besprechung auf den Hohenneuffen bei Nürtingen ein. Die gegensätzlichen Positionen traten dabei klar in Erscheinung.

Hauptgegenstand der Gespräche war neben der Südweststaatsbildung der **Volksentscheid**, der nicht nur von den Alliierten vorgesehen, sondern auch von den Landesverfassungen vorgeschrieben war. Umstritten war die Frage der Abstimmungsbezirke bzw. des Auszählungsmodus sowie die Formulierung der Frage, die der Bevölkerung vorgelegt werden sollte. Während die Freiburger dafür eintraten, dass die Stimmen nach den beiden alten Ländern zu zählen seien, verlangten die Stuttgarter die Zählung der Stimmen gesondert nach den vier Landesteilen Nord- und Südbaden sowie Nord- und Südwürttemberg. Zu einem Kompromiss war keiner bereit. Jeder glaubte, mit seinem Abstimmungsmodus gewinnen zu können: **die Freiburger die Wiederherstellung des alten Badens und die Stuttgarter den Südweststaat.**



Dr. Gebhard Müller

### *Sonderregelung für den Südwesten: Artikel 118 im Grundgesetz*

Inzwischen beschäftigte sich nach dem Willen der drei westlichen Besatzungsmächte ein Vorparlament, der **"Parlamentarische Rat"**, mit der Ausarbeitung einer **Verfassung für den deutschen Staat**. Bevor dieser das Verfassungswerk im Mai 1949 vollendete, gelang es Gebhard Müller im Einvernehmen mit Reinhold Maier in letzter Sekunde, zusätzlich zu dem bereits in Art. 29 festgelegten sehr komplizierten Verfahren zur Länderneugliederung eine Sonderregelung für die Neugliederung im deutschen Südwesten als Art. 118 unterzubringen. Darin heißt es:



Leo Wohleb

#### **Grundgesetz Artikel 118**

"Die Neugliederung in dem die Länder Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern umfassenden Gebiete kann abweichend von den Vorschriften des Artikels 29 durch Vereinbarung der beteiligten Länder erfolgen. Kommt eine Vereinbarung nicht zustande, so wird die Neugliederung durch Bundesgesetz geregelt, das eine Volksbefragung vorsehen muss."

Das war die dritte Weichenstellung. Allerdings bedurfte nun noch das Grundgesetz der Zustimmung der Alliierten. Erst im April 1950 gaben sie eine Erklärung ab, dass der Artikel 118 geltendes Recht sei. Damit war der Weg für die Neuregelung der südwestdeutschen Ländergrenzen frei.

### *Wieder in der Sackgasse*

Am 22. Oktober 1949 einigten sich die CDU-Vorstände der südwestdeutschen Länder in der Abstimmungsfrage. **Die Bevölkerung sollte abstimmen: Vereinigung** der bestehenden drei Länder **oder Wiederherstellung** der alten Länder. Das Ergebnis sollte durch getrennte Auszählung in den alten Ländern ermittelt werden. Dieser Lösung widersetzte sich die Regierung Württemberg-Badens. Sie bestand auf einer Auszählung in den vier Bezirken Nord- und Südbaden sowie Nord- und Südwürttemberg mit Hohenzollern.

Bei einem Treffen der drei Regierungschefs am 15. April 1950 in Freudenstadt machte Gebhard Müller den überraschenden Vorschlag, das Volk zunächst nur in einer **Informationsabstimmung** zum Südweststaat zu befragen. Diese Volksbefragung am 24.

September 1950 war für die Anhänger des Südweststaates eine Enttäuschung: Zwar ergab sich in den württembergischen Abstimmungsgebieten eine überwältigende Mehrheit für den Südweststaat, in den beiden badischen Bezirken zusammen aber eine **Mehrheit** von 16.614 Stimmen für die **Wiederherstellung der alten Länder**. Damit war die Südweststaatsfrage zunächst wieder in einer Sackgasse gelandet.



Foto: LMZ Baden-Württemberg

## Das Neugliederungsgesetz

Der Bundestag verabschiedete im April 1951 das **"Zweite Neugliederungsgesetz"**: Der Südweststaat sollte danach dann gebildet werden, wenn in drei von den vier Abstimmungsbezirken eine Mehrheit für den Zusammenschluss der Länder stimmte.

Leo Wohleb protestierte heftig und versuchte zunächst über den Bundesrat und dann über das eben erst konstituierte Bundesverfassungsgericht eine Aufhebung des Neugliederungsgesetzes zu erreichen. Er scheiterte letztendlich. Am 23. Oktober 1951 bestätigte das Gericht das Zweite Neugliederungsgesetz in allen wesentlichen Teilen.



Abbildungen: LMZ Baden-Württemberg

## Für und wider den Südweststaat

Und die Stimmung der Bevölkerung in Südwestdeutschland?

In Südwürttemberg wollte man den Südweststaat, weil man darin die Wiedervereinigung mit Nordwürttemberg sah sowie den Zusammenschluss mit den benachbarten hohenzollerischen und badischen Gebieten, mit denen man sich verbunden fühlte.

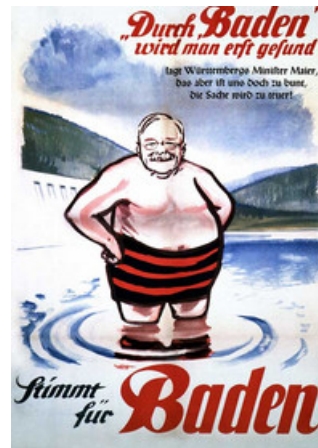
Die Nordwürttemberger wollten die Vereinigung mit dem südlichen Landesteil und waren geneigt, die Verbindung mit Baden aufrechtzuerhalten. Sie beehrten den Südweststaat jedoch nicht als dringendes inneres Anliegen. In Baden sah es anders aus: Die badische Bevölkerung lehnte zur guten Hälfte den Südweststaat leidenschaftlich ab. Es gab aber auch eine ganze Reihe von Gebieten, die den Anschluss an ihre Nachbarn suchten. Zwischen den Altbadenern und den Südweststaatanhängern entbrannte ein Kampf um jede einzelne Stimme.

Die wichtigsten Argumente für den Südweststaat waren:

- die moderne **Wirtschaft** brauche große Räume, mit einer Vereinigung des Südwestraums könne die Wirtschaftskraft wesentlich gestärkt werden;
- der Südweststaat würde eine wesentliche **Verwaltungsvereinfachung** bedeuten, weil dann nicht mehr wie bisher drei Landtage, drei Regierungen und ein dreifacher Verwaltungsapparat nötig seien.
- Reinhold Maier brachte noch ein weiteres Argument: den mangelnden **Einfluss** dreier kleiner Länder auf Bundesebene. In einer Wahlkampfreda sagte er: "Im Verband der deutschen Bundesrepublik haben wir so, wie die Dinge heute geregelt sind, also mit den drei Ländern, nichts zu sagen. Auch mit den wiederhergestellten zwei alten Ländern Württemberg und Baden hätten wir kaum etwas zu sagen (...). Nordrhein-Westfalen und Bayern haben die Bundesrepublik in der Hand. Alle übrigen Länder teilen sich die Brocken, welche von dieser beiden Herren Tische fallen."



Aufruf der Landesregierung unter Leo Wohleb 1951 "Jeder zur Wahlurne! Jede Stimme für Baden"

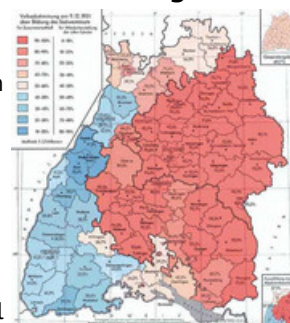


Bilder: LMZ Baden-Württemberg

## Die Volksabstimmung am 9. Dezember 1951

Nach einem heftigen Abstimmungskampf, in dem es nicht an kräftigen Worten fehlte, fiel dann endlich am 9. Dezember 1951 die Entscheidung. Über das Ergebnis konnte aber kein Zweifel bestehen. Zwar erreichten die Altbadener in Südbaden 62,2 Prozent, doch in den drei anderen Bezirken Nordwürttemberg (93,5 %), Südwürttemberg-Hohenzollern (91,4 %) und Nordbaden (57,1 %) sprachen sich deutliche Mehrheiten für den Zusammenschluss aus. Auf das ganze Gebiet gesehen gab es eine Mehrheit von 69,7 Prozent für das Land Baden-Württemberg.

Die regionalen Unterschiede bei den Abstimmungsergebnissen spiegeln dabei letztlich die historischen Traditionen des deutschen Südwestens wider. Überall dort, wo zu Beginn des 19. Jahrhunderts die „napoleonische Flurbereinigung“ alte Verflechtungen zerschnitten hatte, erlebten die Südweststaatanhänger Erfolge (z. B. Kreise Mosbach, Sinsheim, Überlingen). Auch in der ehemaligen Kurpfalz, wo durchaus noch antibadische Ressentiments wirksam waren, war die Mehrheit für das neue Land deutlich. In den



Ergebnisse der Volksabstimmung am 9. Dezember 1951. Karte: Dr. Josef Kerckhoff, Landesvermessungsamt Baden-Württemberg

protestantischen Kreisen Südbadens wie Lörrach oder Kehl, wo die Südweststaatanhänger relativ hohe Anteile erreichten, schlugen sich dagegen Traditionen des Kulturkampfes nieder. Auch im protestantischen Pforzheim, wo man wirtschaftlich traditionell eher nach Württemberg orientiert war, gab es eine deutliche Mehrheit für das neue Land. Die Werte in den württembergischen Kreisen sprechen in ihrer Deutlichkeit für sich. Die altbadischen Hochburgen lagen demgegenüber im Gebiet der alten katholischen Markgrafschaft Baden-Baden und im Bereich der früheren Hochstifte Speyer und Straßburg (Kreise Bruchsal und Offenburg). Auch in Karlsruhe, wo man den Statusverlust der alten Hauptstadt fürchtete, waren die Gegner der Neugründung stark vertreten.

### *"Morbus Badensis"*

Mit der Abstimmungsniederlage wollte sich Wohleb nicht abfinden: Er sprach von einer Vergewaltigung des badischen Volkes und von einem gekünstelten Abstimmungsmodus, der nichts anderes als ein Wahltrick sei. Drei Jahre später, 1954, glaubte er einen "Morbus Badensis" zu erkennen – er hatte die Sorge, diese schwelende Krankheit könne dem staatlichen Gemeinwesen Abbruch tun. Schon am 14. Dezember 1951 hatte Wohleb dem Bundestag einen Initiativgesetzentwurf des Inhalts vorlegen lassen, den Vollzug des Zweiten Neugliederungsgesetzes bis zur Durchführung der Neugliederung des gesamten Bundesgebiets nach Art. 29 des Grundgesetzes auszusetzen. Der Bundestag lehnte den Antrag am 16. Januar 1952 mit 190 :120 Stimmen bei 15 Enthaltungen ab.

## Das neue Land Baden-Württemberg

Die Verfassunggebende Versammlung des neuen Landes wurde am 9. März 1952 gewählt. Die CDU war stärkste Partei mit 50 Mandaten, die SPD hatte 38, die FDP 23, der Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) sechs und die Kommunisten vier Mandate. Nachdem die "Fronten" damit geklärt waren, entbrannten in der Verfassunggebenden Landesversammlung die Debatten um die Gestaltung des neuen Staatswesens.



Foto: LMZ Baden-Württemberg

### *Der "schwarze Freitag" und die Gründung Baden-Württembergs*

Seit Ende März 1952 rückte die Frage "Wer wird Ministerpräsident?" in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Die Bemühungen der CDU, eine Große Koalition zustande zu bringen, scheiterten an der SPD, und auch die FDP/DVP war nicht für eine Koalition zu gewinnen.

Was dann geschah, setzte der turbulenten Südweststaat- Bildung die Krone auf: Am **25. April 1952**, dem Tag, der in die Geschichte der CDU als "schwarzer Freitag" einging, bildete Reinhold Maier Punkt 12.30 Uhr handstreichartig die neue Landesregierung aus FDP/DVP, SPD und BHE und schickte seinen Mitstreiter von früher, Gebhard Müller, mit der stärksten Partei im Landtag in die Opposition. Müller war schwer enttäuscht.

Franz Gurk, damaliger Vorsitzender der CDU-Fraktion, kündigte in einer mehrfach von Zwischenrufen unterbrochenen Rede dem neuen Ministerpräsidenten und der von diesem – "man dürfe wohl sagen widerrechtlich" – gebildeten Regierung schärfste Opposition an. Ein Großteil der Wähler sei vom Aufbau des neuen Bundeslandes ausgeschlossen. Das erste Beispiel der Neubildung eines Bundeslandes nach dem Grundgesetz sei jetzt schon zum Misserfolg geworden.

Unmittelbar nach der Sitzung schickte die CDU-Fraktion ein Telegramm an den Bundeskanzler Konrad Adenauer nach Bonn, in dem sie gegen die staatsrechtlich unzulässige Regierungsbildung protestierte und gemäß Art. 28 des Grundgesetzes um Einschreitung der Bundesregierung zur Herbeiführung der verfassungsmäßigen demokratischen Ordnung im neuen Bundesland bat. Aber ohne Erfolg. Reinhold Maiers "Taschenspielertrick" war jedoch nur von kurzer Dauer. 1953, nach der Bundestagswahl, räumte er seinen Sessel in der Villa Reitzenstein für seinen CDU-Kontrahenten. Gebhard Müller bildete – ganz nach seinem Politikverständnis – eine Allparteienkoalition zur Schöpfung der Verfassung und zum Aufbau des Landes. Am 11. November 1953 verabschiedete die Landesversammlung die Verfassung.

### *Ein Doppelname für das neue Bundesland*

Mit dem Inkrafttreten der Landesverfassung bekam der Südweststaat am 19. November 1953 auch einen offiziellen Namen. Die Frage, wie das neue Land denn nun heißen sollte, hatte die Bevölkerung und die Politiker mehrere Monate lang beschäftigt. Zahlreiche Vorschläge wurden gemacht, Zeitungen veranstalteten Umfragen, honorarige Professoren wurden zurate gezogen und Bürger diskutierten in Leserbriefen.

Scurrile und humorvolle Vorschläge machten die Runde, mit am höchsten wurden jedoch die historisch begründeten Namensformen „Schwaben“, „Staufen“, „Rheinschwaben“ und „Alemannien“ gehandelt.

Gegen jeden dieser Vorschläge gab es allerdings Argumente. Keiner konnte letztlich die historische Vielfalt des Landes und seiner Bevölkerung treffend in sich vereinen. Den Vorschlag „Baden-Württemberg“ fanden viele hingegen phantasielos. Am Ende standen sich bei der Namengebung zwei Gruppen gegenüber: Die einen lehnten einen Doppelnamen prinzipiell ab, weil das Land so nicht zur Einheit finden könne. Die anderen argumentierten für den Doppelnamen und mit der historischen Bedeutung der beiden Länder Baden und Württemberg.

Man wählte schließlich mit „**Baden-Württemberg**“ den kleinsten gemeinsamen Nenner, wohl auch, weil man nicht erneut Öl auf die Wunden der Südweststaatgegner gießen wollte. Bei der Namengebung wurde Baden der Vortritt gelassen – zum einen, weil man das neue Land vom ehemaligen Württemberg-Baden unterscheiden wollte, und zum anderen wohl, um die Badener, die sich mit dem Zusammenschluss so schwer getan hatten, versöhnlich zu stimmen.

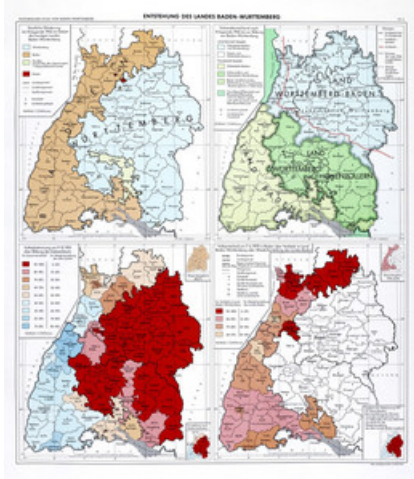
Die erneute Volksabstimmung... ia zu Baden-Württemberg

## Die erneute Volksabstimmung – Ja zu Baden-Württemberg!

### 7. Juni 1970: Eindrucksvolles Bekenntnis für Baden-Württemberg

Die Altbadener, die sich zum Heimatbund Badenerland zusammenschlossen, führten auch nach der Bildung des Landes Baden-Württemberg den Kampf um die Wiederherstellung des früheren Landes Baden fort – bis vor das Bundesverfassungsgericht. Dieses gestand dem Heimatbund 1956 zu, dass die badische Bevölkerung in einer nochmaligen Volksabstimmung über den Verbleib ihrer Heimat im Bundesland Baden-Württemberg entscheiden dürfe, weil ihr Wille durch "die Besonderheit der politisch-geschichtlichen Entwicklung", also durch die Trennung des Landes Baden nach 1945, "überspielt" worden sei.

Doch erst am 7. Juni 1970 kam es zu einer erneuten Volksabstimmung. Das Ergebnis war ein eindrucksvolles Bekenntnis der badischen Bevölkerung für Baden-Württemberg: Bei einer Wahlbeteiligung von 62,5 Prozent votierten 81,9 Prozent für den Verbleib beim Land Baden-Württemberg. Damit war die letzte rechtliche Möglichkeit, den Zusammenschluss rückgängig zu machen, erschöpft.



Eine Grafik der LMZ Baden-Württemberg

### Die Ergebnisse der Volksabstimmungen bis 1970

Die misstrauisch-trotzige Reserve, die die Sübadener zunächst der neuen staatlichen Gemeinsamkeit entgegengebracht hatten, ist längst verschwunden. Gemeinsam haben die Badener und Württemberger einen Spitzenplatz unter den Bundesländern eingenommen, und heute sehen sie ihr Land nicht nur als "Modell deutscher Möglichkeiten" (Theodor Heuss) mit landschaftlicher Vielfalt, kultureller Eigenart, sozialer Stabilität und wirtschaftlichem Erfolg, sondern darüber hinaus als "Modell europäischer Möglichkeiten" (Lothar Späth). Der Trennungsstrich zwischen den beiden Landesteilen im Namen Baden-Württemberg ist zum echten Bindestrich geworden, ohne dass die regionale Vielfalt des Landes eingeebnet worden wäre. Eines findet man allerdings immer noch nicht: das spontane Bekenntnis eines Bürgers aus dem Bindestrich-Land "ich bin ein Baden-Württemberger". Einen Schwaben, einen Badener, einen Pfälzer oder einen Franken trifft man immer – aber eben selten einen, der sich "Baden-Württemberger" nennt.

Landeskunde Baden-Württemberg: *Die Volksabstimmungen von 1951, 1970 und 1971*

## Zeittafel

- 1945** Teilung von Baden und von Württemberg in Folge der Besetzung.
- 1946** Landtag und Regierung des Landes **Württemberg-Baden** mit der Hauptstadt Stuttgart.
- 1947** Landtage und Regierungen der Länder **Baden** mit der Hauptstadt Freiburg und **Württemberg-Hohenzollern** mit der Hauptstadt Tübingen.
- 1948** Frankfurter Dokumente und Parlamentarischer Rat in Bonn. Treffen der Präsidenten der Südweststaaten auf dem Hohenneuffen. Keine Einigung beim Auszählungsmodus der Volksabstimmung.
- 1949** Verkündung des Grundgesetzes am 23. Mai mit der Sonderregelung für einen Südweststaat in Art.118 GG.
- 1950** Probeabstimmung über den Zusammenschluss der drei Länder. Scheitern der Einigung über einen Südweststaat
- 1951** Entscheidung zum Südweststaat durch den Bundestag (Neugliederungsgesetze). Verfassungsklage der badischen Regierung beim Bundesverfassungsgericht (BVG), Bestätigung der Gesetze durch das BVG. Dezember: **Volksabstimmung mit einer Mehrheit für den Südweststaat.**
- 1952** März: Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung.  
**25. April: Gründung des neuen Südweststaates.** Konstituierende Sitzung, Wahl des Ministerpräsidenten Reinhold Maier.
- 1953** Der Namen des neuen Bundeslandes: Baden-Württemberg. Inkrafttreten der Landesverfassung am 19. November.
- 1970** Erneute Abstimmung in den Regierungsbezirken Nordbaden und Südbaden mit überwältigender Mehrheit von 81,9 Prozent für den Zusammenschluss.

Schwerpunktthema 2012

**SCHWERPUNKT**  
LANDESJUBILÄUM 2012

mehr

## Entstehung des Landes Baden-Württemberg



60 Jahre Baden-Württemberg – Die schwierigen Bedingungen der Entstehung des Landes Baden-Württemberg vor rund 60 Jahren zeichnet ein Faltblatt nach, das bei der Landeszentrale für politische Bildung jetzt erschienen ist.

[Download Faltblatt \(PDF, 2,3 MB\)](#)

---

## Landeskunde Baden-Württemberg



[mehr](#)

---

## Landesportal BW



Entstehung des Südweststaats

[mehr](#)

---

## Landeskunde entdecken online (leobw)



Die Entstehung Baden-Württembergs - der Weg zum Südweststaat

[mehr](#)

---



#### Politikthemen

Dossiers  
Geschichtsdossiers  
Wahlen  
LpB nach Themen  
Spezial-Portale  
Archiv Dossiers

#### Landeszentrale

Auf einen Blick  
Kontakt /  
Öffnungszeiten  
Abteilungen  
Fachbereiche  
Mitarbeitende  
Tagungszentrum  
Kuratorium  
Landesnetzwerk  
Presse  
Newsletter Archiv  
Praktika  
Stellenbörse  
Ausschreibungen -  
Vergaben

#### Publikationen/Shop

Neue Produkte  
Alle Produkte  
Buchreihen  
Zeitschriften  
Bausteine - Materialien  
Planspiele  
Dokumentationen  
Sonstige Publikationen  
Spiele  
Lernmedien  
Faltblätter  
E-Books  
Downloadbereich  
Allg.  
Geschäftsbedingungen

#### Veranstaltungen

Alle Veranstaltungen  
Offene  
Veranstaltungen  
Bildungsreisen  
... im Haus auf der Alb  
Für bestimmte  
Zielgruppen  
Politische Tage  
E-Learning  
Ausstellungen  
Veranstaltungen:  
Rückblicke

#### Projekte

Übersicht  
„Läuft bei Dir!“  
Aktionstage Netzpolitik  
Lernort Kommune  
Beteiligungs-Dings  
Integrationsprojekt i-  
Punkt  
Erstwählerkampagne

#### Links

Politik  
Politische Bildung  
Baden-Württemberg

Folgen Sie uns auf

